



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Karl Frel-ler, Erwin Huber, Peter Winter, Eberhard Rotter, Martin Bachhuber, Jürgen Baumgärtner, Dr. Otmar Bernhard, Markus Blume, Robert Brannekämper, Petra Dettenhöfer, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Christine Haderthauer, Hans Herold, Klaus Holetschek, Dr. Martin Huber, Sandro Kirchner, Alexander König, Anton Kreitmair, Harald Kühn, Andreas Lorenz, Walter Nussel, Heinrich Rudolf, Martin Schöffel, Angelika Schorer, Dr. Harald Schwartz, Reserl Sem, Sylvia Stierstorfer, Klaus Stöttner, Peter Tomaschko, Ernst Weidenbusch, Georg Winter, Josef Zellmeier** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 17/13821

Strukturen der Autobahnverwaltung in Bayern erhalten und Auftragsverwaltung für die Bundesstraßen in Bayern sichern

Der Landtag begrüßt den Verhandlungserfolg der Staatsregierung zur Neuregelung des Bund-Länder-Finanzausgleichs und nimmt zur Kenntnis, dass es im Rahmen der Verhandlungen zu einer Zuständigkeitsverlagerung bei Planung, Bau und Erhaltung von Bundesautobahnen kommt. Ursächlich ist aus unserer Sicht dafür eine Unfähigkeit und Unwilligkeit einzelner Länder, die Bundesauftragsverwaltung ordnungsgemäß umzusetzen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich für einen Verbleib der Auftragsverwaltung für die Bundesstraßen bei der anstehenden Grundgesetzänderung einzusetzen. Die Bundesstraßen sollen in jedem Fall in bayerischer Verwaltung bleiben.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich für einen Erhalt der besten bewährten bayerischen Strukturen der Autobahndirektionen, ihrer Dienststellen und Meistereien einzusetzen.

Der Landtag begrüßt ferner, dass die Mittel für das Bundes-Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) über 2019 hinaus fortgeführt werden und damit auch in Bayern zusätzliche Gelder für Nahverkehrsprojekte zur Verfügung stehen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident